

## Antwort auf den Wahlprüfstein der Vereinigung Ökologischer Landbau

1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau für Ihre Partei hat und welches Ökolandbau-Flächenziel sich Ihre Partei für 2025 bzw. 2030 steckt?

Hessen hat sich zum Ziel gesetzt den Ökolandbau zu fördern, denn der ökologische Landbau ist unser Leitbild. Er zeigt Lösungen für die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit (Klimakrise, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit) auf und bietet durch seinen ganzheitlichen Ansatz eine Perspektive für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Um langfristig gesunde Lebensmittel anbauen zu können und Ernährungssouveränität zu erhalten, müssen Ressourcen geschont und Kreisläufe möglichst geschlossen werden. Deshalb setzen wir auf den Ökolandbau, den wir stetig nach neuen wissenschaftlichen Kenntnissen weiterentwickeln und optimieren wollen. Zudem ist der Ökolandbau auch ein Innovationstreiber für die restliche Landwirtschaft zum Beispiel bei der Entwicklung von Methoden zur mechanischen Unkrautbekämpfung.

Hessen ist erstes Ökomodellland Deutschlands. Hier wollen wir zukünftig noch weitergehen.

Hessen ist mit ca. 17 Prozent Ökolandbau bundesweit schon Vorreiter im Ökolandbau und soll es weiter bleiben. Wir wollen unser Flächenziel von 25% bis 2025 auf 30% Flächenanteil bis 2030 ausweiten.

2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten möchte und welche Anreize Sie konkret setzen wird, damit das unter 1. benannte Flächenziel erreicht werden kann?

Wir wollen den Ökolandbau mit einer Fortführung des hessischen Ökoaktionsplans in die Fläche bringen. Das Ziel 30 % Ökolandbau soll in allen Bereichen flankiert werden. Die gesamte Hessische Landwirtschaft soll nachhaltiger werden. Deshalb setzen wir auf vielfältige und niederschwellige Förderangebote und deutlich attraktivere Anreize für umstellende Betriebe und die Beibehaltung einer ökologischen Wirtschaftsweise. Die Förderpolitik muss an die Bedarfe der umstellungswilligen Betriebe angepasst werden. Einen großen Hebel bietet die gemeinsame europäische Agrarpolitik. Wir setzen uns für eine konsequente Weiterentwicklung der GAP im Sinne des Gemeinwohls nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ ein.

Gleichzeitig müssen ökologisch erzeugte Produkte in Wert gesetzt und externalisierte Kosten der konventionellen Landwirtschaft eingepreist werden. Ökologische Leistungen müssen zukünftig sichtbarer gemacht und entsprechend entlohnt werden.

Landeseigene Flächen und Domänen sollen ökologisch bewirtschaftet und der Ökoanteil in der Gemeinschaftsverpflegung stetig ausgebaut werden.

Wir setzen auf die Ausweitung der Ökolandbau-Forschung, Beratung und eine Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Fachausbildung, die die Grundlage für die Ausrichtung und Entwicklung der Betriebe schafft. Konventionelle Landwirt\*innen sollen leicht

an Informationen zum Ökolandbau gelangen und die Chancen einer Umstellung durch Beratungsangebote erkennen.

3. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Absatz von hessischen Biolebensmitteln im Land fördern will. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere den regionalen Absatz von Biolebensmitteln zu stärken?

Wir wollen den Bioanteil in der Gemeinschaftsverpflegung durch Umstellungsförderungen und Beratungsangebote massiv steigern, denn hier steckt noch großes Potential. Wir haben bereits das Programm „100 KlimaKantinen“ erfolgreich auf den Weg gebracht - ein weiterer Schritt, um die Gemeinschaftsverpflegung in Hessen klimaschonender zu gestalten. Das Land Hessen muss hier auch zukünftig mit gutem Beispiel vorangehen und öffentliche Kantinen auf Bio umstellen.

Die Ökomodellregionen leisten schon wichtige Arbeit bei der Vernetzung und Förderung von lokalen Absätzen. Wir wollen diese verstetigen und innovative Konzepte, wie solidarische Landwirtschaft und gemeinwohlorientierte Landwirtschaft, stärken. Das regionale Lebensmittelhandwerk sowie Direktvermarktungsbetriebe wollen wir durch Gründungs- und Investitionsförderungen unterstützen und damit lokale Wertschöpfungsketten stärken.

Die Marktstruktur für ökologische Lebensmittel wollen wir weiter verbessern und ausbauen. Dafür setzen wir die vielfältigen Maßnahmen des Ökoaktionsplans weiter um und prüfen stetig den Erfolg der Maßnahmen.

Wir wollen innovative Initiativen auf lokaler Ebene, wie Ernährungsräte und Vermarktungskoooperativen noch stärker fördern.

4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen zu stärken? (Beispiele zum Thema „Stärkung des regionalen Handwerks im Bereich der Lebensmittelverarbeitung“ sind erwünscht)

Lebensmittel können nur regional erzeugt und verarbeitet werden, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Wenn kein Schlacht- oder Milchverarbeitungsbetrieb, keine Mühle und kein Bäcker in der Region erreichbar ist, setzt das auch keine Anreize für den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten. Wir wollen die Marktstrukturförderung sowie die Förderung von Investitionen zur Diversifizierung intensivieren und die Infrastruktur für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung in Hessen weiter massiv stärken und uns für den Erhalt lokaler Betriebe einsetzen. Dafür müssen bürokratische Hürden und Zulassungsverfahren an die Bedarfe kleinerer Betriebe angepasst und Veterinärbehörden entsprechend geschult werden. Es muss zwischen industriellen und handwerklichen Verarbeitungsstätten unterschieden werden, denn die Bedarfe und Herausforderungen sind sehr unterschiedlich.

Die Möglichkeit des mobilen und teilmobilen Schlachtens bietet vor allem für direktvermarktende Betriebe schon gute Möglichkeiten, um Tierschutz und Transparenz zu verbinden. Diese Form der regionalen Schlachtung wollen wir weiter fördern und so regionale Wertschöpfungsketten stärken.

Eine zentrale Herausforderung für das Handwerk ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken und finanzielle Hürden zu senken, wollen wir weitere Schritte in Richtung kostenfreier Meister gehen. Mit Meistergründungsprämien wollen wir die erste Gründung eines Handwerksbetriebs unterstützen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf Gründerinnen.

5. Welche Rolle soll den Ökomodellregionen zukünftig zukommen? Wird eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit der Ökomodellregionen stattfinden?

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der Ökomodellregionen weiterführen und verstetigen. Die Ökomodellregionen machen den Ökolandbau in jeder einzelnen Region sichtbar und tragen zur Vernetzung der Akteur\*innen bei. Eine Evaluation der bisherigen Tätigkeiten ist hilfreich, um weitere Potentiale auszuschöpfen und die Arbeit weiterzuentwickeln.

6. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der hessischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Die Ausweitung des Ökolandbaus in Hessen kann nur im engen Dialog mit der Praxis funktionieren. Wir setzen bei der Fortführung und Weiterentwicklung des Ökoaktionsplans und bei der Weiterentwicklung der Agrarumweltprogramme auf die Expertise und lange Erfahrung der hessischen Öko-Landwirt\*innen und werden eine enge Zusammenarbeit mit allen betroffenen Berufsverbänden sicherstellen.

7. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten planen Sie für Lehrkräfte an Grund- und weiterführenden Schulen zum Thema „Agrarökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln“?

Wir wollen außerschulische Lernorte ausbauen und erfolgreiche Programme wie „100 nachhaltige Bauernhöfe“ oder „Bauernhof als Klassenzimmer“ weiterführen. Die Hessische Ernährungsstrategie bietet Ansätze für eine klimagerechte und gesunde Ernährung. Diese Ansätze wollen wir weiter ausbauen und eine nachhaltige Ernährungsbildung in Schulen und Kitas weiter fördern. Dazu gehört auch eine entsprechende Aus- und Weiterbildung von Lehrer\*innen und Erzieher\*innen. Einrichtungen, die frisch selbst kochen, sollen bei der Ausstattung der Kücheninfrastruktur unterstützt werden.

8. Wird sich Ihre Partei für eine stärkere ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in den hessischen Berufs- und Fachschulen einsetzen?

Um das Wissen für die Agrarwende zu stärken, setzen wir auf die Integration von Ökolandbau sowie Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen in Lehrplänen und die Stärkung von Praxisforschungsnetzwerken. In den hessischen Schulpakt haben wir die Themen Ökolandbau, Tierwohl, Klimaanpassung, Klimaschutz, Biodiversität und gesellschaftliche Anforderungen bereits integriert. Um unsere Ausbauziele zu erreichen, ist die kontinuierliche

Weiterentwicklung der fachlichen Ausbildung dringend notwendig und an die Ausbauziele anzupassen. Wir wollen, dass alle landwirtschaftlichen Auszubildenden und Fachschüler\*innen in Hessen die vielfältigen Potentiale der modernen ökologische Landwirtschaft kennenlernen und Fachwissen vertiefen können. Dazu braucht es auch ökologisch wirtschaftende Landesbetriebe, die alle Bereiche der ökologischen Landwirtschaft abbilden und praxisnah vermitteln können.

9. Die Weidehaltung ist eine zentrale Säule der artgerechten Haltung von Rindern, Schafen und Ziegen im Öko-Landbau. Seit einigen Jahren erschwert das Aufkommen von Wölfen diese Haltungsform für hessische Bäuer\*innen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um Weidetierhalter\*innen zu unterstützen?

Die Weidehaltung von Wiederkäuern ist nicht nur besonders artgerecht, sondern auch ein wichtiger Beitrag für den Erhalt der Biodiversität im Offenland. Aber auch der Wolf hat in der europäischen Gesetzgebung einen sehr hohen Schutzstatus. Wir müssen deshalb den Rahmen setzen, damit weiterhin eine artgerechte Weidetierhaltung möglich ist. Daher haben wir in der vergangenen Legislatur eine Weidetierprämie und die Förderung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor dem Wolf auf den Weg gebracht. Diese müssen ständig weiterentwickelt werden. Daher ist uns die Fortführung des Wolfsmonitorings sowie der Austausch mit den unterschiedlichen Interessensverbänden in der „AG Wolf“ ein sehr wichtiges Anliegen.

10. Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gentechnik“? Welche Regelungen sollten insbesondere für die neuen Gentechniken (z.B. CRISPR/Cas) gelten?

Gentechnische Methoden in der Landwirtschaft dienen vor allem den kommerziellen Interessen der Industrie und die Erfahrung außerhalb Europas zeigt, dass gentechnisch erzeugtes Saatgut zu einer Verarmung der Arten- und Sortenvielfalt führt. Die Auswirkungen und Gefahren der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen ist weitestgehend unerforscht. Deshalb wollen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie Zucht und Haltung gentechnisch veränderter Tiere in Hessen nicht stattfinden. Wir schließen dabei ausdrücklich die Verfahren der neuen Gentechnik ein. Das klare europäische Vorsorgeprinzip muss auch zukünftig gelten und eine klare Kennzeichnung erfolgen. Wo Gentechnik drin ist, muss auch Gentechnik draufstehen.

11. Wird Ihre Partei das ökologische Versuchswesen und das Beratungsteam „Ökologischer Landbau“ des LLH unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächenziele weiter stärken?

Forschung und Beratung sind wichtige Grundpfeiler für die Ausweitung des Ökolandbaus. Wir wollen das LLH-Beratungsteam für den Ökologischen Landbau an die Ausbauziele anpassen und die Stellen ausweiten. Innovative Lösungen für Agrarsystemforschung wollen wir aus der Wissenschaft durch Reallabore in die Praxis überführen und ein Innovationszentrum für Agrarsystemtransformation mit wissenschaftlichen Partnerorganisationen in Hessen gründen. Das in der letzten Legislatur gegründete Hessische Praxisforschungsnetzwerk wollen wir fortführen und weiter unterstützen.

12. Plant Ihre Partei die Einführung einer Existenzgründungsprämie für Landwirt\*innen in Hessen? Gibt es weitere Vorhaben Ihrer Partei, um auch den Generationenwechsel auf den Betrieben zu unterstützen?

Um einen landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen oder neu zu gründen, braucht es viel Mut und Geld. Insbesondere junge Menschen, die keinen Hof und Land erben, brauchen hier Unterstützung. Wir wollen jungen Menschen den Einstieg in die Landwirtschaft erleichtern und setzen uns deshalb für den Ausbau von Beratungsangeboten ein und wollen landwirtschaftliche Existenzgründungen in Hessen zukünftig fördern. Wir setzen uns zudem für die Bevorzugung von Existenzgründer\*innen bei der Vergabe von öffentlichen Flächen ein. Die Hessische Landgesellschaft soll zukünftig explizit Flächen für Existenzgründungen bevorraten und entsprechend vergeben.

13. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr in Hessen zu senken? Welche Ziele setzt sich Ihre Partei diesbezüglich bis 2025 bzw. 2030?

Mit konsequenter Innen- vor Außenentwicklung und einem Entsiegelungsprogramm für Hessen wollen wir den Flächenverbrauch auf höchstens 1 Hektar pro Tag bis 2030 reduzieren. Perspektivisch müssen wir das „Netto-Null“ Ziel erreichen und werden dies bei der Landesentwicklungsplanung sowie über Flächenzielvorgaben berücksichtigen. Das Landesplanungsgesetz, das Hessische Altlasten- und Bodengesetz und andere relevante Gesetze werden wir verstärkt auf Boden- und Flächenschutz ausrichten. Kommunale Bodenschutzkonzepte unterstützen wir bereits im Rahmen des Hessischen Klimaplanes und wir werden mit den Kommunen Lösungen gegen Flächenspekulationen erarbeiten.

14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?

Landwirtschaftlich genutzte Böden unterliegen einer besonderen Sorgfaltspflicht, weil sie uns als unmittelbare Lebensgrundlage dienen und nicht vermehrbar sind. Niedrige Zinsen auf dem Kapitalmarkt, der anhaltende Flächenverbrauch sowie innerlandwirtschaftliche Konkurrenz lassen die Kauf- und Pachtpreise steigen. Hier müssen wir entgegensteuern. Dafür wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein entsprechendes Agrarstrukturgesetz in den Landtag einbringen und dessen Vollzug auf allen Handlungsebenen unterstützen. Ziel ist es, ortsansässige Landwirt\*innen und Existenzgründungen in der bäuerlichen Landwirtschaft durch bodenmarktpolitische Instrumente zu stärken und so die regional verankerte bäuerliche Agrarstruktur zu sichern und zu verbessern.

Die Vergabe von Land (Kauf- und Pacht) in öffentlichem Besitz wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten an Gemeinwohlkriterien (wie z.B. Existenzgründer\*innen, nachhaltige Bewirtschaftung, Lebensmittelproduktion) knüpfen.